

## Dietrich Staritz

### Forschungen zur DDR-Geschichte seit 1990

*Nachfolgender Text ist die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, der am 4. April 2006 auf dem Workshop „Die Geschichte der DDR. Forschungsstand - Defizite - Projekte“ (veranstaltet vom Berliner Verein „Helle Panke e. V.“) gehalten worden ist.*

Eingeladen wurde ich, um über den Gang der historischen DDR - Forschung seit 1990 zu sprechen, über die Deutungsmuster, die Kontroversen, Desiderata und auch über die unterschiedlichen Hinsichten derjenigen, die diese Forschung betreiben. Um das aber einigermaßen einlösen zu können, müsste einer wenigstens den größeren Teil des seit 1990 in nahezu schwindelerregende Höhen gewachsenen Textberges erstiegen haben und dann ein sehr langes Referat halten dürfen. Doch weil ich das eine nicht tat, und das andere mir nicht gestattet würde, kann ich nicht mehr anbieten als meinen Blick auf einige Aspekte und einige Texte und verlasse mich für das Übrige auf neuere sachverständige Darstellungen des Forschungsstandes.

Von diesen nenne ich drei: den mehr als 550 Seiten starken Band *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, der 2003 von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mählert im Auftrage der *Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur*<sup>1</sup> herausgegeben wurde. In ihm präsentierten 50 Spezialisten Überblicke über die Forschungsstände auf beinahe ebenso vielen Teilgebieten und sichteten insgesamt 2066 Titel, von denen die Mehrzahl nach der Wende veröffentlicht wurde. Im selben Jahr erschien in der Reihe *Enzyklopädie Deutscher Geschichte* eine Zusammenfassung zur Innenpolitik der DDR von Günther Heydemann<sup>2</sup>, die 524 Titel nennt, und 2005 in derselben Reihe Arndt Bauernkämpers summierende Studie zur Sozialgeschichte der DDR<sup>3</sup>, die auf 315 Titel verweist. Ich habe nicht gezählt, wie viele Texte in diesen Bänden doppelt, womöglich dreifach erwähnt werden, doch deutlich machen die Zahlen auch so, wie intensiv über die DDR geforscht wurde und wird.

Noch ein paar Arbeiten mehr – insgesamt 7700 - fand Jürgen Kocka 2003 in einer „einschlägigen Datenbank“<sup>4</sup>, und Klaus Dietmar Henke teilte mit<sup>5</sup>, dass schon 1999 etwa 45 Prozent aller Studien über die deutsche Geschichte zwischen Kapitulation und Wiedervereinigung der SBZ bzw. der DDR galten. Das ließ manche fürchten, die DDR sei „überforscht“, womöglich intensiver analysiert worden als die alte Bundesrepublik, Weimar oder die Nazizeit. Das trifft jedoch nicht, zumal ja auch nicht alle Texte schlüssige Analysen bieten, vielmehr, wie es Jürgen Kocka freundlich formulierte, „neben viel Getreide auch einiges an Spreu“.<sup>6</sup>

\*\*\*

---

<sup>1</sup> Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn, München, Wien, Zürich. 2003.

<sup>2</sup> Die Innenpolitik der DDR, München 2003.

<sup>3</sup> Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.

<sup>4</sup> Jürgen Kocka, Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75 Geburtstag, in: Deutschland Archiv, 36.Jg.(2003), Heft 5, S. 764ff.

<sup>5</sup> Klaus-Dietmar Henke, DDR-Forschung seit 1990, in Bilanz und Perspektiven, a.a.O., S. 372.

<sup>6</sup> Ebda.

Gehe ich von meiner Lektüre<sup>7</sup> und den genannten Bänden aus, zeigt sich beim Blick auf die erkenntnisleitenden Annahmen und die aus ihnen resultierenden Deutungsmuster ein deutlicher Wandel. Dominierten anfangs Texte, die die DDR als stalinistische Diktatur analysierten, waren es später Arbeiten, die sie als „zweite deutsche Diktatur“ zumeist totalitarismustheoretisch neben die NS-Diktatur stellten, während gegenwärtig intensiver nach den Spezifika der SED-Diktatur, nach ihrer Reichweite und ihren Grenzen gefragt wird. Für die frühen Jahre bot sich ein Stalinismus-Ansatz durchaus an - sowohl in Anbetracht der Politik der Besatzungsmacht als auch beim Blick auf die ideologische wie materielle Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von der Stalinschen Sowjetunion, auf ihr Selbstverständnis oder ihre Zielprojektionen. Und von Stalinscher Herrschaft erst recht nicht abzutrennen waren in diesen Jahren die massive Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Gegner, die Internierungslager, die Strafjustiz sowie das Entstehen der Partei neuen Typs und der parteietatistischen bürokratischen Strukturen, die Parteisäuberungen oder die zentralistische Detailplanung und ebenfalls nicht die Shdanowsche Ästhetik oder der Stalinkult samt Stalinschem ML.

Die Mehrzahl der hierzu vorgelegten Untersuchungen<sup>8</sup> – für die politische Justiz nenne ich die von Falco Werkenthin, für die SED die von Andreas Malycha, für die Lager die von Alexander v. Plato, für die Kulturpolitik die von Gerd Dietrich, für die Wirtschaft die von Jörg Roesler und André Steiner - unterstreichen diesen Kontext denn auch gebührend. Vorsichtig, aber immerhin angedeutet wurde er schon in einigen der Studien, die im letzten Jahr der DDR erschienen. Erinnerung sei an den unter DDR-Historikern seinerzeit als Blockadebrecher empfundenen Band 9 der *Deutschen Geschichte*<sup>9</sup> oder an Rolf Badstübners *Friedenssicherung und deutsche Frage*<sup>10</sup>, in deren Einleitung er den „Stalinismus“ immerhin als eine Kraft erwähnte, die die Entwicklung der SBZ/DDR seit 1948/1949 „verstärkt“ beeinflusste. Später hat Badstübner zudem auf ein Arbeitspapier des Bereichs DDR-Geschichte im Zentralinstitut der Akademie aufmerksam gemacht, das in der Vorbereitungsphase des geplanten 12. SED-Parteitagess erarbeitet wurde und erhebliche Korrekturen des offiziellen Geschichtsbildes jener Jahre einforderte, von der Institutsleitung aber zurückgewiesen wurde.<sup>11</sup>

Nun wandelten sich aber nach Stalins Tod nicht nur die Formen der Parteidiktatur, sondern partiell auch ihre Intentionen. Man orientierte sich wieder stärker am ursprünglich Leninschen Politikvermittlungs-Verständnis, an einem Konzept, das demokratische Verfahren allerdings auch erst für den Tag nach der Weltrevolution in Aussicht stellte. Dennoch blieben viele Autoren, die zur DDR-Geschichte der späteren Jahre publizierten, beim Stalinismus als erkenntnisleitender Kategorie. Dabei nahmen sie allerdings in Kauf, dass ihre Forschungsgegenstände mit dieser Begrifflichkeit nur noch schwer zu erfassen waren. Selbst wenn sie sich verbal um Differenzierung bemühten und etwa von Post-, Spätstalinismus oder, ersatzweise, von einem spätem Totalitarismus sprachen, blieben die so etikettierten Zusammenhänge schon deshalb unscharf, weil nicht deutlich wurde, ob oder inwieweit sich diese Herrschaftsformen

---

<sup>7</sup> Ohne jeweils darauf hinzuweisen, stütze ich mich im Folgenden auch auf einen vor sechs Jahren versuchten Überblick. Vgl.: Dietrich Staritz, Das Ende der DDR. Erklärungsansätze, in: Utopie kreativ, Sonderheft vom Oktober 2000, S.11 ff.

<sup>8</sup> Auf die Angabe der Titel wird verzichtet.

<sup>9</sup> Autorenkollektiv (unter Leitung von Rolf Badstübner): Deutsche Geschichte, Band 9. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin 1989.

<sup>10</sup> Untertitel: Vom Untergang des „Reiches“ bis zur deutschen Zweistaatlichkeit (1943 bis 1949), Berlin 1990, S.11.

<sup>11</sup> Rolf Badstübner, Zu einigen Problemen der Zeitgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2004/I, S. 60ff.

von der „exzessiv machtorientierten Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen in einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus“ abhoben, von jenen Merkmalen, die seit Werner Hofmann<sup>12</sup> als für den Stalinismus zentral gelten können.

Derart zu differenzieren, war freilich auch nur selten das Ziel dieser Autoren. Viele benutzten das Wort vielmehr so, wie es üblicherweise benutzt wird, als politische Kampfvokabel, mit der in Rechts-Links-Kontroversen ebenso zugeschlagen werden kann wie in Auseinandersetzungen innerhalb der Linken. Zwar war von Hermann Weber schon vor dem Ende der DDR vorgeschlagen worden, zwischen einem stalinzeitgenössischen und einem strukturellen Stalinismus zu unterscheiden, der den Diktator in den Strukturen der Machtapparate überdauerte.<sup>13</sup> Und in der Wende publizierte Wolfgang Ruge seine noch immer anregenden Überlegungen zu Genesis und Wandel des Stalinismus<sup>14</sup>, an deren Anfang sich der Verweis auf die barbarischen Traditionen des vorrevolutionären Russland ebenso findet wie der (in der „linken“ Literatur bis dahin eher seltene) Nachweis, dass es bereits unter Lenin äußerst kräftige Tendenzen zu Despotie, Bürokratismus und ideologischer Orthodoxie gab, die dann, ab 1928 (Schachty-Prozesse), als Massenterror, Bürokratismus und Byzantinismus zu Kernelementen im Machtsystem des „klassischen Stalinismus“ wurden. Auf den „klassischen“ lässt Ruge den „Poststalinismus“ folgen, der (nach dem Scheitern der Chruschtschowschen Reformversuche) durch Ultrabürokratisierung und erhebliche Gewaltbereitschaft gekennzeichnet gewesen sei, und er konstatiert, in der DDR habe sich der „klassische“ schon aufgrund ihrer Grenzlage nicht voll ausprägen können, ihre Strukturen seien daher bis zu ihrem Ende weitgehend von einem „epigonalen Poststalinismus“ geprägt gewesen, durch eine deutsche Form der Bürokratie und latenter Gewalt also.

Schroffer als Ruge, der nur den „klassischen“ Stalinismus mit dem Tode seines Patrons enden lässt, argumentiert der Berliner Osteuropa-Historiker Jörg Barberowski, der in seiner Geschichte des Stalinismus<sup>15</sup> gegen Stéphane Courtois' Vorwort zum *Schwarzbuch des Kommunismus* schreibt: „Der stalinistische Terror war eine kommunistische Tat, aber nicht jede Form kommunistischer Herrschaft war terroristisch. Der Stalinismus war eine Zivilisation, die aus dem sowjetischen Imperium kam und mit ihm zugrunde ging. Von Stalinismus sollte also nicht sprechen, wer vorgibt, die nachstalinsche Sowjetunion oder die sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas zu beschreiben“.

Es lag nahe, dass Arbeiten dieses Zuschnitts kurz nach dem Ende der DDR reüssierten und mehr noch Studien, die sich von Totalitarismus-Theorien leiten ließen, die SED-Herrschaft als „totalitäre Diktatur“ begriffen, oder als „zweite deutsche Diktatur“ nach der nationalsozialistischen. Und es überraschte auch nicht, dass viele von ostdeutschen Autoren stammten. Da gab es zum einen das Bedürfnis, Anschluss an die vermeintlich herrschende Lehre in der nun gesamtdeutsch dominanten westdeutschen Interpretenzunft zu finden, zum anderen aber auch die bei manchen durchaus verständliche Neigung, es den eben noch herrschenden Antifaschisten auch wissenschaftlich heimzuzahlen, wozu sich nichts besser eignete, als sie in die Nähe der Nazis zu schreiben.

\*\*\*

<sup>12</sup> Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M.1967, S. 13.

<sup>13</sup> Hermann Weber, SED und Stalinismus, in: Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte – Situation - Perspektiven, 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (16. bis 19. Mai 1989), Köln 1989, S.3 ff.

<sup>14</sup> Wolfgang Ruge, Zu den Wurzeln de Stalinismus. Die Doppeldroge, in: Sonntag, Nr.2/1990 v. 14.1.1990, ders.: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

<sup>15</sup> Jörg Barberowski, Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003, S.8.

Dabei hätte recht eigentlich gerade das Ende der DDR zu einer kritischen Prüfung der herkömmlichen Totalitarismus-Ansätze herausfordern müssen. Jedenfalls dann, wenn man ihr Zusammenbrechen mit dem Inferno von 1945 verglich. Phänomene, die sich so wenig demselben Herrschaftstyp zuordnen lassen wie die Charakteristika der NS- und der SED-Herrschaft: der militaristische Expansionismus und mörderische Rassismus auf der einen Seite und auf der anderen die im Innern geübte Repression von „Klassenfeinden“ und Regimegegnern aller Couleurs. Diese Differenz der Ziele und Mittel lässt sich auch nicht unter dem Dach der ins Spiel gebrachten „modernen Diktatur“ aufheben, die ebenfalls (allerdings mit Blick auf industriegesellschaftlicher Modernisierungsprozesse) auf einen Vergleich von Diktaturen zielt.<sup>16</sup>

Natürlich war die SED-Herrschaft Diktatur. Es gab es weder Koalitions- noch Meinungsfreiheit, weder Verfahren, die allen die Chance boten, an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilzuhaben, noch einen funktionstüchtigen Rechtsstaat samt Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit, vielmehr die stets wache Bereitschaft, „feindlich-negative Elemente“ zu „bearbeiten“ und „auszuschalten“. Und tatsächlich herrschte die SED-Führung ohne eine explizite, in kompetitiven Wahlen ermittelte Zustimmung der Gesellschaft; sie stand noch nicht einmal unter der Kontrolle der Parteimitglieder, konnte jedoch mit Hilfe ihres Staates über alle materiellen Ressourcen der Gesellschaft verfügen.

Und dennoch bleibt bei ihrer Subsumtion unter den Großbegriff „Diktatur“ offen, was die Diktatur der SED-Führer - außer der Tatsache, ebenfalls keine Demokratie gewesen zu sein - mit der Herrschaft der NS-Eliten gemein hatte, zumal diese - auch um besser zu verstehen, warum sie so lange, so grausam funktionierte - mittlerweile auch als „Zustimmungsdiktatur“ gedeutet wird<sup>17</sup>. Auch wenn sich Fachkollegen an Götz Alys Begriffen, an seinen „öffentlichkeitswirksamen Knallfröschen“<sup>18</sup>, reiben, sind Kategorien wie diese für das Untersuchen der widersprüchlichen Komplexität nichtdemokratischer Machtverhältnisse wohl besser geeignet als die herkömmlichen, eher „glatten“. Jedenfalls eröffnet die Annahme, Diktatur und Zustimmung seien komplementäre Elemente dieser Systeme, mehr Wege zu ihrer Analyse als das Behaupten ihrer Unvereinbarkeit. Und auch für vergleichende Untersuchungen könnte sie nützlich sein, speziell dann, wenn nach dem Schicksal derer gefragt wird, die *nicht* zustimmen. Zudem ist (und zurecht) gefragt worden, ob die NS-Diktatur nicht vor allem antimoderne Züge gehabt habe und so wie ihre Ideologie besser als „reaktionärer Modernismus“<sup>19</sup> zu kennzeichnen sei. Auf der anderen Seite wurde angemerkt, dass die SED-Führung schließlich auch deshalb scheiterte, weil sie unfähig war, Modernisierungsprozesse zu initiieren, weshalb sie Ralf Dahrendorf schon in den Sechzigern einen „unmodernen Modernisator“ genannt hatte.

Immerhin luden diese Unterschiede dazu ein, die SED-Diktatur begrifflich genauer zu bestimmen. Die Deutungsmuster reichen von der intentional durchgängig gesteuerten, real aber nur partiell zu kontrollierenden „Organisationsgesellschaft“<sup>20</sup> über die ironisch so ge-

<sup>16</sup> Vgl. Jürgen Kocka, Nationalsozialismus und SED-Diktatur im Vergleich, in: Ders.: Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.

<sup>17</sup> Vgl. Götz Aly, Hitlers Volksstaat, Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005.

<sup>18</sup> Rüdiger Hachtmann, Öffentlichkeitswirksame Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys „Volksstaat“, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analysen des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 3, 2005, S. 46.

<sup>19</sup> Vgl. Jeffrey Herf, Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1990.

<sup>20</sup> Ein Begriff, den Detlef Pollack ausarbeitete. Vgl.: Ders., Das Ende der Organisationsgesellschaft, in: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 292ff. Weil der Begriff „dahingehend missverstanden“ wurde, „als ob mit ihm die völlige Durchorganisation der



nannten „Diktatur der Liebe“<sup>21</sup>, die „Konsensdiktatur“<sup>22</sup>, bis zur „Fürsorgediktatur“<sup>23</sup> oder zur Entdeckung der DDR als politisch-kulturelle Wiedergängerin des preußisch - paternalistischen Polizeistaates<sup>24</sup>, was sie in die Nachbarschaft zum autoritären Obrigkeitsstaat rückte, in dessen Nähe auch ich die späte DDR verortete.<sup>25</sup> So interpretationsbedürftig diese Label im Einzelnen auch sein mögen: Es scheint in jedem mehr auf als nur ein Moment der realen DDR in ihren späten Jahren; jedenfalls ist jedes erklärungsstüchtiger als die Koppelung „posttotalitärer Überwachungs- und Versorgungsstaat“<sup>26</sup>, die ihre Schöpfer womöglich als politisch besonders korrekt empfanden.

Ich sagte es schon: Die meisten Studien, wenn auch keineswegs alle, die einem Stalinismus- oder Totalitarismus-Ansatz folgten, erschienen in den ersten Jahren der Einheit, in einer Zeit, in der DDR-Geschichte vor allem von ihrem Ende her erzählt wurde. Mit Zorn und Eifer und entlang der Hypothese, die DDR habe sich in einem dauernden Ausnahmezustand befunden oder sei seit ihren Anfängen ihrem Ende entgegengekruselt. Dem entsprach ein gewissermaßen teleologisches Zuordnen von Prozessen und Ereignissen, die als Vorspiele ihres Untergangs gewertet wurden – markant im „Untergang auf Raten“.<sup>27</sup> Zwar übernahmen diesen Zugriff nur wenige. Im Mittelpunkt vieler Untersuchungen aber standen fortan die Machtstrukturen, die Unterdrückung von Opposition und Widerstand, und geforscht wurde speziell auf der Basis der ungeheueren Fülle der Stasi-Akten. Es interessierten mithin – und das war angesichts der Betroffenheit vieler Autoren auch verständlich - mehr der Steuerungs- und Repressionsapparat als die Wirkungen politischer Entscheidungen jenseits dieser Untersuchungsfelder.

Und für Forschungen dieser Art sind Ansätze aus dem Angebot der Totalitarismustheorien schon deshalb nützlich, weil sie – gleich ob sie von einem Merkmale - Set à la Friedrich/Brzezinski herkommen oder von Hannah Arendts These von der ideologieimmanenten Tendenz zum Terror - mehr auf das Offenlegen von ideologischen Inputs, Strukturen und Methoden der Herrschaft aus sind als auf die Analyse von politisch-sozialen Vermittlungsprozessen. Allerdings kommt auf diese Weise die Gesellschaft oft nur als Objekt der Politik ins Vi-

---

Gesellschaft behauptet wäre“, hat er später vorgeschlagen, ihn durch den der „konstitutiv widersprüchliche Gesellschaft“ zu ersetzen. Vgl. Ders.: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft (GuG) 24. Jg.(1998), Heft 1, S. 110ff. Fünf Jahre später, 2003, nahm Pollack ihn modifiziert wieder auf und gab diese Erläuterung: „Die SED-Führung behandelte die DDR-Gesellschaft wie eine Organisation, die auf ein bestimmtes Führungspersonal, ein festgelegtes Programm und eine vorgegebene Struktur verpflichtet werden kann. Den einzelnen Bürger sah sie als Mitglied dieser Organisation an. Von ihm erwartete sie, dass er dem fixierten Programm folgt und von ihm nichts weniger als begeistert ist. Im Unterschied zu Organisationen in modernen Gesellschaften war es in der Organisationsgesellschaft DDR jedoch nicht erlaubt auszutreten“. In : Ders., Auf dem Wege zu einer Theorie des Staatssozialismus, in: Historical Social Research, vol. 28, 2003, No.1/2, S. 10ff., hier: S. 23.

<sup>21</sup> Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin, 1998.

<sup>22</sup> Martin Sabrow, Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 83 ff.

<sup>23</sup> Konrad H. Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte [Apuz], B 20/1998, S. 33ff.

<sup>24</sup> Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 1999, S.188ff.

<sup>25</sup> vgl. Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, Frankfurt/M. 1985, erw. Neuausgabe Frankfurt/M. 1996.

<sup>26</sup> Vgl. Klaus Schröder (unter Mitarbeit v. Steffen Alisch), Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 619f.

<sup>27</sup> Armin Mitter/ Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993. Vgl. auch die Beiträge von Ehrhart Neubert und Joachim Gauck in der deutschen Ausgabe von: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 4. Aufl. 1998, S. 829ff., 885ff.

sier, und sie ist - angesichts eines vermeintlich omnipotenten, vielgliedrigen parteistaatlichen Bewegungsapparats und seines sensiblen Nervensystems - fast immer Widerpart der Herrschenden und nur selten zu Kompromissen oder Arrangements bereit.

Nun hat Wahrnehmung immer auch mit dem Blickwinkel zu tun, den jemand wählt. Anders gesagt: Wer mit einem Vorverständnis fragt, das der Parteiführung den Willen unterstellt, die Einzelnen rundum, also totalitär, zu erfassen, zu lenken und letztlich zu formen, der schaut natürlich vor allem darauf, *wie* sie das gemacht hat. Zum Prüfen der Outputs verführt eine solche Haltung jedenfalls nur sehr bedingt. Weshalb denn auch in vielen dieser Studien entweder unterwegs der Blickwinkel gewechselt wurde oder aber die Gesellschaft blass blieb – ohne Aussagen darüber, wie politische Entscheidungen sozial verarbeitet wurden, zu welchen Veränderungen der Wertehorizonte, Mentalitäten, Einstellungen, Haltungen oder Kommunikationsweisen der Wandel der Sozialstruktur beitrug oder die Veränderungen der Arbeitsverhältnisse und der Zeitbudgets. Studien dieser Art gaben deshalb auch kaum Antworten auf Fragen nach den Folgen des sozialen Wandels für die Sozialstruktur der politischen Akteure, für deren Wertehaushalte, Mentalitäten und schließlich auch für ihre Entscheidungen. Anders gesagt: Wer nach Interdependenzen nicht fragt, findet leicht überall Dichotomien.

Für diese mit (im engeren Sinne) sozialwissenschaftlichem Interesse gestellten Fragen an die politische Geschichte der DDR brachten in der Folgezeit jene Forschungen Fortschritte, die (zumeist durchaus im Einverständnis mit der These von der „modernen Diktatur) darauf zielen, die DDR wieder als eine unter Modernisierungszwang stehende Industriegesellschaft zu analysieren. *Wieder* meint: Wie schon in den Siebzigern und Achtzigern - sowohl in der DDR (in allerdings eher legitimatorischer Absicht) wie auch in der Bundesrepublik, wo die Autoren deshalb nach der Vereinigung zuweilen als miese Patrioten oder Systemgrenzen -Verwischer gescholten wurden (was ich im Übrigen nicht als wirklich beleidigend empfand). Wie alle anderen stehen natürlich auch diese sozialgeschichtlich angelegten Arbeiten unter dem Eindruck des Untergangs der DDR. Ihre Autoren aber wollen, was Detlef Pollack hervorhob, nicht nur die Gründe ihres Zusammenbruchs besser verstehen, sondern auch genauer bestimmen, warum sie so lange relativ stabil und lebensfähig war<sup>28</sup> - was eben, auch nach Kocka, nicht nur eine „Funktion der sowjetischen Macht“ war, noch „nur eine von Drohung und Zwang“ - so bedeutsam beides auch gewesen ist -, sondern vielmehr auch „aus der Akzeptanz [folgte], die [die DDR] bei Teilen der Bevölkerung fand, aus ihren Erfolgen und Leistungen, aus den vielfältigen Arrangements, die Konflikte verarbeiteten, bevor sie ausbrachen und, wenn schon nicht Zustimmung, doch Tolerierung bewirkten“.<sup>29</sup>

Zu konsensfähigen Resultaten haben Untersuchungen dieser Art bislang nicht geführt. In den Blick aber kam der „Alltag“, d.h. neben den formalisierten Strukturen auch die – allerdings nur schwer zu rekonstruierenden - informellen Kommunikationsweisen und Arrangements. Dieser Alltag wird – mit einem Begriff, den Alf Lüdtke in Umlauf brachte<sup>30</sup> – weithin als „durchherrscht“ beschrieben, als stärker auf Herrschaft bezogen denn in anderen bürokratisierten Gesellschaften, und die DDR, etwa von Arnd Bauernkämper<sup>31</sup>, der sich wiederum auf Kocka beruft, als eine „durchherrschte Gesellschaft“ charakterisiert, in der „die Diktatur die sozialen Strukturen und Beziehungen [...] durchdrang“.

---

<sup>28</sup> Vgl. Pollack, a.a.O.

<sup>29</sup> Kocka, Bilanz und Perspektiven, a.a.O., S.767.

<sup>30</sup> Alf Lüdtke, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kälble/ Jürgen Kocka/ Hartmut Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 188ff., s.a. Ders., Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in ApuZ, B 33/98, S.3ff.

<sup>31</sup> Bauernkämper, Sozialgeschichte, a.a.O., S.2.

So sehr das im Konkreten auch nachweisbar ist, bleibt doch offen, ob mit dieser Kategorie das ganze - ja auch in der DDR vielschichtig-pralle - Leben hinreichend differenziert zu erfassen ist, und es bleibt zudem die Frage, wie die Einzelnen, die formalisierten Kollektive, die informellen soziokulturellen Milieus und letztlich die Gesellschaft, mit diesem Faktum umgingen. Bislang lautet die Antwort: teils mit Strategien, die die Herrschaftsansprüche ins Leere laufen ließen, teils mit informellen Arrangements oder einer eigenwilligen Interpretation und Sinnggebung des politisch Gewollten, mit einem so verstandenen „Eigen-Sinn“<sup>32</sup>, mit Kommunikationsweisen also, die dem diktatorialen Durchherrschen des Alltags Grenzen setzten<sup>33</sup>.

Und schwierig ist es auch, mit dem Begriff der „durchherrschten Gesellschaft“ mehr Trennschärfe gegenüber anderen Gesellschaften zu erreichen - auch mit Blick auf die klassischen Demokratien. Denn natürlich sind auch die in weiten Teilen „durchherrscht“. Gewiss nicht so explizit politisch wie die alte DDR, aber doch ganz anders als es ihr Idealtyp verspricht. Auch in ihnen gibt es weite Bereiche, etwa die Produktion, die Geld- und Kapitalmärkte oder die privaten Massenmedien, in denen demokratisch kaum oder gar nicht legitimierte Eliten das Sagen haben. Doch schon deshalb, weil diese Kategorie für die Realität politisch-sozialer Vermittlungen offen ist, und sich nicht nur auf die auf die Intentionen oder Methoden der Herrschenden bezieht, ist sie den Ansätzen überlegen, die allein diktatur- oder totalitarismustheoretisch operieren.

\*\*\*

Vor dem Hintergrund dieser stärkeren Hinwendung zu den politisch-sozialen Interdependenzen werden in jüngerer Zeit auch einige jener Urteile überprüft, die mehr oder weniger ausschließlich auf der Totalitarismus-Lesart beruhten – etwa mit dem Wort „autolitär“, mit dem Eckart Jesse<sup>34</sup> andeuten wollte, so ganz totalitär sei die späte DDR nun auch nicht verfasst gewesen, sondern da und dort bloß autoritär, also nicht so umfassend gesteuert, verwaltet und ideologisch kontrolliert, wie es Totalitarismus-Konzepte nahe legen. Das ist ein Urteil, das weithin dem entspricht, was bereits in der alten Bundesrepublik über die DDR zu lesen war, jedoch in der Wendezeit in den Geruch geriet, die DDR zu verharmlosen. Ein bisschen sieht das Günther Heydemann auch heute noch so, wenn er Autoren, die schon damals totalitarismuskritisch argumentierten, weiterhin vorwirft, sie hätten die „Allmacht des Ministeriums für Staatssicherheit“ verkannt.<sup>35</sup> Ein paar Seiten später konstatiert allerdings auch er – ähnlich wie Kocka und gestützt auf den mittlerweile wieder erreichten Forschungsstand -, dass sich „das ambivalente Beziehungsverhältnis zwischen Herrschaft und Beherrschten [...] mit der Ausübung repressiver Herrschaft allein nicht erklären“ lasse (die Staatsicherheit zur Herrschaftssicherung also „allmächtig“ nicht sein musste – D. St.), weil die DDR eben nicht allein durch Zwang zusammengehalten wurde, es vielmehr eine „breite Palette unterschiedlicher Haltungen und Handlungen gegenüber dem SED-Regime seitens der Bevölkerung“ gab, „die von überzeugter aktiver Mitwirkung über loyale Akzeptanz und erzwungener Teilnahme bis hin zu Passivität, Verweigerung, Resistenz, Dissidenz und – in Einzelfällen – Widerstand reichten“.<sup>36</sup> Weshalb er mit Jesse zu dem Schluss gelangt, dass sich das Machtsystem im Laufe der Jahre zu einem „auch von autoritären Zügen geprägten“ gewandelt habe, wobei „schon an dieser zeitlichen Problematik“ deutlich werde, dass „gängige Großtheorien wie z.B.

<sup>32</sup> Thomas Lindenberger (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999.

<sup>33</sup> Richard Bessel, Ralph Jessen (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

<sup>34</sup> Eckart Jesse, War die DDR totalitär?, in: ApuZ, 40/94, S.12ff.

<sup>35</sup> Heydemann, Die Innenpolitik der DDR, a.a.O., S.55.

<sup>36</sup> A.a.O., S. 63f. .

das Totalitarismus-Modell, wissenschaftlich nicht mehr ausreichen, um ein adäquates Beschreibungs-, Analyse- und Erklärungspotential zu offerieren<sup>37</sup>.

Das entspricht – ich übertreibe kaum – dem, was in der Bundesrepublik Hartmut Zimmermann<sup>38</sup>, Peter Christian Ludz<sup>39</sup> und Ernst Richert<sup>40</sup> Anfang der sechziger Jahre als ihr Forschungsproblem thematisierten: die Schwierigkeit, mit Hilfe von Totalitarismus-Ansätzen den auch in kommunistischen Systemen erkennbaren politischen und sozialen Wandel zu erfassen. Weshalb sie nach neuen Zugängen suchten, nach einer Annäherung, die als *kritisch-immanente* Methode zwar umstritten blieb, aber Schule machte - trotz der anfangs starken Dominanz der damals noch etwas grobschlächtigeren Totalitarismus-Versionen, die ja nicht allein der Forschung dienen sollten, sondern zuerst der Systemauseinandersetzung, auch indem sie dem schmucken Idealtyp der demokratisch verfassten Gesellschaft den wissenschaftlich erarbeiteten vermeintlichen Realtyp der totalitär beherrschten gegenüberstellten und dabei Faschismus und Kommunismus über denselben Leisten schlugen<sup>41</sup>.

Allerdings hätten diese Modelle ohne die Realität der Stalin-Diktatur kaum Karriere gemacht und nach dem Tod des Diktators ohne den Kalten Krieg wissenschaftlich nicht überlebt. Dass sie nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks in den Neunzigern eine Renaissance erlebten, ist denn auch nicht umstürzend neuen Einsichten geschuldet, sondern der Befindlichkeit der Sieger - vor allem aber den Aktenbergen der Staatssicherheit, die zeigen, dass am Totalitarismus-Vorhalt zumindest eines zutrifft, nämlich die bis zuletzt vitale Intention der Herrschenden, die Gesellschaft möglichst lückenlos unter Kontrolle zu halten. Vielleicht deshalb, weil sie zumindest dann und wann ahnten, wie fragwürdig die Legitimität ihrer Machtpositionen war, gewiss aber deshalb, weil sie sich bis zum Schluss an den 17. Juni erinnerten.

Dieses Datum nun bot Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk und Erhart Neubert den Anlass, sich in ihrer Arbeit über „Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte“<sup>42</sup> zunächst mit denen auseinander zu setzen, die sich der DDR-Geschichte nicht mit einem Totalitarismus-Ansatz zuwenden, sondern mit sozial- und kulturgeschichtlichen Methoden, um mehr über die eigentümlich „durchherrschten“ Beziehungen zwischen der Gesellschaft und der politischen Sphäre der DDR zu erfahren. Diesen Autoren wurde unterstellt, sie sprächen von „durchherrschter Gesellschaft“ womöglich nur „aus taktisch-wissenschaftlichen Gründen“, damit sie „die Totalitarismus-Theorie nicht bemühen [...] müssen“, denn recht eigentlich sei diese Kategorie doch lediglich „ein 'Alternativbegriff' für [die] totalitär verfasste Gesellschaft [...]“<sup>43</sup>. Nachdem das geleistet war, wurden auch Pollacks Organisationsgesellschaft, Jessens Nachdenken über die Grenzen der Diktatur und Thomas Lindenbergers Überlegungen zum Eigen-Sinn eingemeindet<sup>44</sup>, denn schließlich leugne ja keiner von ihnen die Diktatur, gehe implizit also ebenfalls von einer totalitär verfassten DDR aus - so, als ob Diktatur und totalitäre Diktatur Synonyme wären. Sicher: Sie sagen es etwas an-

<sup>37</sup> Ebda.

<sup>38</sup> Hartmut Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme. Ein Diskussionsbeitrag zur Frage der Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 12.Jg. (1961), Heft 4, S. 193 ff..

<sup>39</sup> Peter Christian Ludz, Offene Fragen der Totalitarismusforschung, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg.(1961), Heft 4, S.319ff.

<sup>40</sup> Ernst Richert, Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf, Gütersloh, 1964.

<sup>41</sup> Für Vieles: Volker Gransow, Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung. Vom Totalitarismus zur Immanenz, Frankfurt/M./New York, 1980.

<sup>42</sup> Bremen 2004 (= Band 25 der Wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, hrsg. von der Abteilung Bildung und Forschung).

<sup>43</sup> A.a.O., S.75.

<sup>44</sup> a.a.O., S.76f.



ders, nicht aber plausibler, und es bleibt der Eindruck, es gehe ihnen allein um die politische Funktion der Vokabel, um den Kampfbegriff, und nicht um die analytische Reichweite der Totalitarismus-Kategorie.

Auch wenn sie Kompromissstrukturen und Arrangements für die DDR nicht gänzlich ausschließen, so glauben sie doch, dass sich im Verlaufe ihrer Geschichte am Gegensatz zwischen dem Willen der Mächtigen und dem Wollen der Gesellschaft nichts Nennenswertes geändert habe. Feine Unterschiede sind ihre Sache nicht, weshalb sie sich beim Blick auf den 17. Juni denn auch ganz sicher sind, dass sich der Aufstand nicht „vor allem gegen Ulbricht und die dogmatischen Anhänger des Sowjetkommunismus“ gerichtet habe, was einst Hermann Weber schrieb, „sondern gegen den Kommunismus an sich“ und „eben nicht gegen Spielarten“<sup>45</sup>. Diese pauschale Aussage kann sich allerdings weder auf ältere Untersuchungen berufen, noch auf die Befunde der Studien stützen, die anlässlich des 50. Jahrestages in großer Zahl erschienen sind und 2004 von Jochen Cerny<sup>46</sup> summarisch vorgestellt wurden. Auch liefern weder die älteren noch die neuen Arbeiten unzweideutige Anhaltspunkte dafür, dass es das „Ziel“ des Aufstandes war, durch den Sturz des Kommunismus zur Einheit Deutschlands zu kommen und die Rebellion deshalb eine - wenn auch gescheiterte - Revolution war, deren Intention schließlich 36 Jahre später von der „zweiten Revolution“, erfüllt wurde, was die Verfasser insgesamt beweisen möchten.

In „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“ aus dem Jahre 2003 hatte Mitautor Kowalczyk in seinem Resümee des Forschungsstandes zum 17. Juni im Übrigen noch geschrieben, in den letzten Jahren habe sich „zunehmend die Meinung durch[gesetzt], dass sich aus dem anfänglichen Arbeiteraufstand rasch ein Volksaufstand entwickelte“, während „umstritten“ sei, „inwiefern der ‚Volksaufstand‘ den Charakter einer ‚gescheiterten Revolution‘ annahm“.<sup>47</sup> Wohingegen Günther Heydemann im selben Jahr in seinem Überblick über die Forschungen zur Innenpolitik zu dem Schluss gelangte, es habe sich um einen „Arbeiteraufstand“ gehandelt, der – bevor ihn die Waffen niederhielten - „auf dem Wege zu einem Volksaufstand begriffen war“.<sup>48</sup> Und weil es an eindeutigen Befunden tatsächlich fehlt, regte Arndt Bauernkämper 2005 in seinem Bericht über den Stand der Arbeiten zur Sozialgeschichte der DDR denn auch an, „die Forschung zu der unterschiedlichen Ausprägung des Aufstandes in den einzelnen Regionen und sozialen Gruppen der DDR [...] zu intensivieren“.<sup>49</sup>

Die apodiktischen Aussagen der Autoren der „verdrängten Revolution“, mehr noch ihre politischen Urteile über DDR-Intellektuelle, die anders als sie über den 17. Juni dachten, machten einer Rezensentin die Lektüre des 847 Seiten langen Textes „zu einem unangenehmen Erlebnis. Der Leser ist nicht selten peinlich berührt“, schrieb Franziska Augstein.<sup>50</sup> Und das ist nachzuvollziehen, wenn man nach einer langen Passage über das Schicksal seiner „Fünf Tage im Juni“ zu Stefan Heyms Haltung in der „Wende“ liest: „Er war verletzt, weil er den Geist der demokratischen Revolution auch in seiner Literatur nicht in der Flasche halten konnte“ (S.626). Oder über Erich Loests facettenreiche Autobiographie „Durch die Erde ein Reiß“: „Seine Erzählweise bringt es mit sich, dass der Leser in ein changierendes Feld von deuthungrigen Informationen gestellt wird. Das ist zugleich spannend als auch lästig“

<sup>45</sup> A.a.O., S.484

<sup>46</sup> Jochen Cerny, Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni (Erster Teil), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2004/II, S.155ff.

<sup>47</sup> Bilanz und Perspektiven, a.a.O., S. 163.

<sup>48</sup> Heydemann, Die Innenpolitik der DDR, a.a.O., S.107.

<sup>49</sup> Bauernkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, a.a.O., S.106.

<sup>50</sup> Franziska Augstein, Noch 'ne Revolution. Man kann nie genug davon haben. Eine historische Neudichtung über die Aufstände des 17. Juni, in: Süddeutsche Zeitung v. 17.6.2004.

(S.633). Wolf Biermann immerhin attestieren sie, sein Satz: „Er war *schon* ein Arbeiteraufstand, aber *noch* eine faschistische Erhebung“ - 1976, beim legendären Kölner Konzert gesprochen - habe wohl auch damit zu tun, dass er bereits als Jugendlicher die „Legitimationsmuster des SED-Regimes [...] tief verinnerlicht“ habe - „schon wegen seines Umzuges von Hamburg in die DDR [...]“ (S.631). Zudem zeige sich in seiner „ambivalenten Haltung“ zum 17.Juni aber auch ein „grundsätzliches Problem der Opposition“ der siebziger Jahre - weil die nämlich „einen völlig anderen politischen Ansatz“ verfolgte „als die Aufständischen des Jahres 1953“.

Also doch mehr Wandel als Kontinuität in den Intentionen, doch nicht nur ein Warten auf die zweite, die nationale Revolution, doch etwas anderes, als es ein verklärter Siegeblick von den lichten Höhen des Gewordenen hinab ins triste Tal des Gewesenen zu zeigen scheint. Und obwohl das recht eigentlich alle wissen, die sich einmal intensiver mit der DDR-Geschichte beschäftigt haben, gab es - soweit ich sehen kann (bzw. lesen konnte) - neben Franziska Augstein nur wenige Rezenten<sup>51</sup>, die sich kritisch auseinander setzten mit dieser Lesart vom Volksaufstand für die Einheit und seiner Deutung als erste revolutionäre Woge, der 1989 eine zweite, die national-revolutionäre Sturmflut folgte.

Womöglich fehlen Einwände deshalb, weil viele (womöglich in ernster geschichtspädagogischer Absicht) so wie die Autoren meinen, auch aus einer derart stilisierten Vergangenheit Material für die mentale Vereinigung der Deutschen gewinnen zu sollen, wozu die Ostdeutschen den Westdeutschen ein bisschen näher zu bringen seien, und wenn schon nicht alle, so doch wenigstens die, die sich für das Projekt der Einheit heute so engagieren wie ihre Eltern und Großeltern damals. Käme ein solcher Konsens tatsächlich zustande, dann wäre nicht auszuschließen, dass sich „der Revolutionsmythos und der Nationalmythos die in der Bundesrepublik bereits 1953 entstanden waren, [wirklich – D. St.] zu einem neuen Großmythos vereinen, wonach der 17. Juni Vorbote der Wiedervereinigungs-Revolution 1989/90 gewesen sei“, was Edgar Wolfrum 1999 am Ende des Resümees seiner Untersuchung der westdeutschen Rezeption des 17.Juni durchaus mythenkritisch angemerkt hatte.<sup>52</sup>

Von den Verfassern der „verdrängten Revolution“ wurde dieser Satz offenbar als Ansporn verstanden, wenn sie schreiben, dass sich ein solcher „geschichtspolitischer ‚Mythos‘“ allerdings „auf Dauer“ nur dann „als tragfähig“ erweisen werde, wenn, sein „Kern“ den historischen Abläufen „gerecht“ werde und in der „gesellschaftlichen Erinnerungskultur fest verankert“ sei. Dass der „Kern“ ihrer Erzählung diesem Anspruch genüge, behaupten sie, und fürs Verankern wollen sie sorgen, wozu jedoch „ein Mindestmaß an Kommunikation zwischen den historischen Wissenschaften und den gesellschaftlichen Multiplikatoren unabdingbar“ sei, und „letztlich [...] vieles davon ab[hänge]“, ob in der Gesellschaft „eine Aufnahmebereitschaft gegenüber den Erzählungen vom ‚17. Juni‘“ bestehe.<sup>53</sup>

Was ein (noch positiv gedeuteter) „geschichtspolitischer ‚Mythos‘“ sein könnte, sagen sie nicht, doch der Versuch, aus einer geschichtspolitischen Sinnggebung des 17. Juni einen für die Deutschen identitätsstiftenden Mythos zu destillieren, spricht nicht eben für wissenschaftliche Ambitionen, er verweist vielmehr auf geschichtspropagandistische Absichten, was mich wiederum an die alte DDR erinnert. Den bloßen „Mythos“ deutet der Fremdwörter-Duden als

<sup>51</sup> Vgl. Hermann Wentker, Die deutsche Revolution von 1953?. Mitarbeiter der Birtler-Behörde legen eine Rezeptionsgeschichte des 17. Juni vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22.6. 2004 und Martin Jander, Verdrängte Revolution. Der 17. Juni 1953 und die europäische Identität, in: Der Tagesspiegel v. 30.8.2004.

<sup>52</sup> Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S.356.

<sup>53</sup> Die verdrängte Revolution, a.a.O., S.18.

„überlieferte Dichtung“, „Sage“, „Erzählung aus der Vorzeit eines Volkes“ oder als „Person“, „Sache“ und „Begebenheit“, die „(aus meist verschwommenen, irrationalen Vorstellungen heraus) glorifiziert [werden], legendären Charakter [haben]“, sowie schlicht als „falsche Vorstellung“<sup>54</sup>. Was fiel ihm wohl zu einem geschichtspolitischen ein?

\*\*\*

Dass die Autoren, die 2004 Mitarbeiter der BIRTHLER-Behörde waren, mit ihrer Arbeit, die in der wissenschaftlichen Reihe ihres Amtes erschien, ihre eigenen Auffassungen wiedergaben, versteht sich von selbst. Dass diese jedoch nicht „ausschließlich“ die ihren sind (wie es im obligatorischen Hinweis der Herausgeber heißt), darf angesichts des Auftrages des Hauses angenommen werden. Was zur Frage überleiten könnte, in welchen institutionellen und politischen Zusammenhängen die noch immer stark politisierten Forschungen zur DDR-Geschichte stattfinden. Für präzise Antworten fehlt mir der genaue Überblick. Beim Lesen aber gewann ich den Eindruck, dass sich die Vorhaben, die von Bundes- bzw. Landeseinrichtungen betreut oder finanziert werden - etwa vom Bundes- oder den Landesbeauftragten für die Stasiakten, der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, der Bundeszentrale oder den Landeszentralen für politische Bildung und zum Teil auch vom Dresdener Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung – mehr an politischen Vorgaben oder einem (politischen) Bildungsauftrag orientieren als die Projekte der Universitäten, des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung oder der Berliner Abteilung des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, die im Übrigen weitgehend auf Drittmittel angewiesen sind. Zu ihnen zähle ich auch den Berliner „Forschungsverbund SED-Staat“, dem Klaus Dietmar Henke bescheinigte, er verstehe es, „sein Talent zu medialer Inszenierung mit seriöser Forschung zu verbinden“<sup>55</sup>, auch wenn ich mir wünschte, dass alle seine Mitarbeiter im Verlaufe ihrer operativen Personenkontrollen zuweilen auch an ihre eigenen „unruhigen Jahre“ und politischen Irrtümer dächten, ehe sie über die der anderen urteilen<sup>56</sup>.

Es ist wohl auch kein Zufall und sicher auch nicht auf die unterschiedliche wissenschaftliche und/oder politische Sozialisation der dort Mitarbeitenden zurückzuführen, dass die staatsnäheren Einrichtungen eher Totalitarismus-Ansätzen folgen, während die anderen mehr mit Fragestellungen und Methoden arbeiten, die in ihren „Mutterdisziplinen“ entwickelt wurden, etwa in der Sozial-, Gesellschafts-, Kultur- oder Mentalitätsgeschichtsschreibung. Zwar hoffe ich, dass der FDP-Politiker Dirk Hansen, der bis 2000 Vizepräsident der Bundeszentrale für Politische Bildung war, nicht im Namen aller Liberalen schrieb, als er 2003 in „Bilanz und Perspektiven“ vehement für den Totalitarismus-Ansatz warb und postulierte, in der politischen Bildung solle auch die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte zur „Delegitimierung der Dikta-

<sup>54</sup> Duden. Fremdwörterbuch, 7., neu bearb. u. erw. Aufl., Mannheim etc. 2001, S.661.

<sup>55</sup> Klaus-Dietmar Henke, DDR-Forschung seit 1990, in: Bilanz und Perspektiven, a.a.O., S.373.

<sup>56</sup> So hätte Jochen Staadt im Jahre 2003 noch einmal in seiner 1977 veröffentlichten Dissertation (Konfliktbewusstsein und sozialistischer Anspruch in der DDR-Literatur. Zur Darstellung gesellschaftlicher Widersprüche in Romanen nach dem VIII. Parteitag der SED 1971, Berlin [West] 1977) blättern sollen, ehe er aus Texten zitierte, die Lothar Bisky in eben diesen siebziger Jahren im Zentralinstitut für Jugendforschung geschrieben hatte, und als besonders peinlich dessen Plädoyer für die „aktive Beherrschung grundlegender Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus“ zu effektiveren Abwehr der „ideologischen Diversion des Gegners“ erwähnte (vgl. FAZ v. 8.8.2003, S.10). In der eigenen Arbeit nämlich wäre er nicht nur auf seine (auf Lenin, Mao und die maoistische Kampfliteratur gestützte) Diagnose gestoßen, die DDR befinde sich auf dem (Rück-) Weg zum Kapitalismus (z.B. S. 31) sowie auf die von ihm empfohlene Therapie, die Diktatur des Proletariats (z. B. S. 276), sondern auch auf seine (durchaus nicht unsolidarische) Warnung, durch das Leugnen, gar die „Tabuisierung“ der „Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit der DDR“ werde „westlicher Diversionspropaganda [...] nur noch mehr in die Hände gearbeitet“(S.37). Komisch, wenn ehemalige Mler ehemalige Mler ehemalige Mler nennen.

tur zum Schutze der Demokratie“ beitragen<sup>57</sup>. Denn selbst wenn in dieser Formulierung tatsächlich Sinnvolles aufscheinen sollte, so wäre Forschung, die einem so verstandenen Verfassungsschutz zuzuarbeiten hätte, doch nur noch bedingt frei.

Auch wenn in den meisten forschenden oder forschungsfördernden Einrichtungen neben bundesdeutsch Sozialisierten auch gelernte DDR- Menschen arbeiten, werden sie in der Regel von Fachleuten aus der alten Bundesrepublik geleitet, die nur gelegentlich von solchen aus der „regimekritischen Intelligenz“ der alten DDR (Henke) flankiert sind. Das ist die Folge der als Beitritt zur Bundesrepublik vollzogenen Wiedervereinigung und der mit ihr einhergehenden „Abwicklung“ des größten Teiles der bis dahin in der DDR an der Geschichte Schreibenden, die Henke in „Bilanz und Perspektiven“ einen „alles in allem mit Augenmaß betriebenen Klärungsprozess“ genannt hat (S.371). Wohingegen Stefan Berger in seinem Überblick über deren Schicksal, Arbeit und Netzwerke nach 1990<sup>58</sup> davon sprach, dass eine „offene, nach nachvollziehbaren Kriterien ablaufende Evaluierung nur an der Akademie der Wissenschaften“ stattfand, während die an den Universitäten „in der Regel nebulöse Angelegenheiten“ waren, „mit Geheimgutachten und anderen zweifelhaften Praktiken“.

Nun will ich Ihnen nicht Ihr Leid klagen. Darüber hat Berger sehr differenziert geschrieben und zudem seinen Eindruck von der mittlerweile entstandenen „alternativen historischen Kultur“ in den neuen Ländern mitgeteilt, von den älteren, zumeist Abgewickelten, die in Arbeitskreisen, in parteifernen oder –nahen Bildungsvereinen ohne öffentliche Mittel forschen, und auch von denen, deren Arbeit von parteinahen Stiftungen gefördert wird, von ihren zuweilen kontroversen Sichtweisen und durchaus unterschiedlichen politischen Orientierungen. Mit „Augenmaß“ hat das im Oktober 2003 in Potsdam auch Jochen Cerny getan, bei einem Colloquium über Forschungen zur DDR-Geschichte anlässlich der Publikation des Bandes „Bilanz und Perspektiven“. Ich denke, dass seine Anmerkungen demnächst veröffentlicht werden, brauche sie deshalb nicht wiederzugeben, möchte aber anmerken, dass auch ich den Eindruck gewann, dass das Nichterwähnen vieler Arbeiten ehemaliger DDR-Autoren in den genannten Überblicken zum Forschungsstand wissenschaftlich nicht zu begründen, dafür aber geeignet ist, sie weiterhin auszugrenzen.

Viele der damals noch jüngeren Wissenschaftler hingegen, aber auch ältere - sofern sie in Dauerstellen oder zeitweise (in befristeten Projekten) weiterarbeiten konnten – haben sich im Forschungsdiskurs gut etabliert. Ich verweise beispielhaft auf:

Jörg Roeslers Beiträge zur Wirtschafts-, Anschluss- und nun zu einer „deutschen Nachkriegsgeschichte“,  
 Peter Hübners breit angelegte sozialgeschichtliche Studien,  
 Michael Lemkes Analysen der Deutschlandpolitik der SED,  
 Monika Kaisers Mittelstands- und Machtwechsel-Untersuchungen,  
 Andreas Malychas und Peter Erlers Arbeiten zur SED-Geschichte,  
 Manfred Willes Beiträge zur Entnazifizierungs- und „Umsiedler“-Politik,  
 André Steiners Untersuchungen der Wirtschaftsreform und seine Gesamtdarstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR, zu deren Erforschung

<sup>57</sup> Dirk Hansen, Politische Bildung und DDR-Geschichte, in: a.a.O., S. 408. Der ganze Satz: „Der Diskurs zwischen Deutschen aus Ost und West ‚auf gleicher Augenhöhe‘ (Jürgen Fuchs) ist der Weg, die Delegitimierung zum Schutze der Demokratie (Eckert 1999 [2003]) das Ziel“.

<sup>58</sup> Stefan Berger, Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf die alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 50. Jg. (2002), Heft 11, S. 1016ff. Vgl. auch: Martin Sabrow, „Beherrschte Normalwissenschaft“. Überlegungen zum Charakter der DDR-Historiographie, in: GuG, 24.Jg.(1998), Heft 3, S. 412ff.



Rainer Karlsch und Burghard Ciesla speziell durch ihre Studien zur Reparationsproblematik Wesentliches beitragen, auf Detlef Nakaths und Gert-Rüdiger Stephans Arbeiten und Editionen zu den innerdeutschen Beziehungen sowie die von ihnen mitbesorgten Handbücher zur SED, den Parteien und Massenorganisationen und jetzt zur Deutschen Zeitgeschichte 1945-1990, auf Elke Scherstjanoi und Jochen Laufers Analysen der sowjetischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik und die von ihnen besorgten Dokumenten-Editionen, Mario Keßlers vielfältige biographische Arbeiten, Simone Barks und Dietrich Mühlbergs Beiträge zu einer Kultur- und Mentalitätsgeschichte der DDR, zu deren Substanz der gelernte DDR-Soziologe Wolfgang Engler nicht nur das Stichwort „arbeiterlich“ beisteuerte, ebenso auf Felix Mühlbergs Arbeit über das Eingabewesen oder die Studien von Ina Merkel über die Konsumgesellschaft DDR, auf Gerd Dietrichs Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik der SED, Jochen Cernys Studien zur „Restbourgeoisie“ und zur Parteigeschichte, auf Thorsten Diedrichs und Rüdiger Wenzkes Arbeiten zur Militärpolitik, zur NVA und zum 17. Juni, genau so wie auf Stefan Wolle und seine „heile Welt der Diktatur“, dessen Blick auf die Intentionen der Herrschenden und die Reaktionen der durchaus nicht entdifferenzierten DDR-Gesellschaft besser verstehen lässt, weshalb der Terminus „durchherrschte Gesellschaft“ so viel Anklang findet, und nicht zuletzt auf Detlef Pollacks präzise historisch-soziologische Untersuchungen der Funktionsweise und des Untergangs der DDR, denen anzumerken ist, dass sie ein Wissenschaftler geschrieben hat, der zwar in einem besonderen wissenschaftlichen Milieu, aber eben doch in der DDR aufwuchs.

Von den damals schon Älteren haben sich einige, wie Fritz Klein<sup>59</sup>, Günter Benser<sup>60</sup>, Helmut Bock<sup>61</sup> sowie partiell auch Stefan Doernberg<sup>62</sup> in einer „Mischung von Selbstkritik und Selbstbehauptung“ (Berger) autobiographisch zu ihrer Arbeit unter den damals gegebenen Bedingungen geäußert, und viele publizierten ihren zuweilen durchaus neuen Blick auf ihre alten Forschungsfelder. Rolf Badstüber sah unter dem Titel „Vom Reich zum doppelten Deutschland“ noch einmal auf die Nachkriegsentwicklungen in den deutschen Staaten, Günter Benser berichtete in seinem ebenso kritischen wie selbstkritischen Flechtwerk aus politik- bzw. institutionengeschichtlichen Erörterungen und autobiographischen Passagen über den Gang der SED- und DDR-Geschichtsschreibung in DDR-Zeiten. Wilfriede Otto hingegen hat bereits in der „Wende“ streng (und immer ein bisschen ex cathedra) die SED und ihre Protagonisten ins Visier genommen: ihre Irrtümer, Fehler und Verbrechen<sup>63</sup>, während sich Siegfried Prokop, zwischenzeitlich Wolfgang Harichs Nachfolger in der alternativen Enquete-Kommission, mit neuen Fragen der Struktur und den Haltungen der DDR-Intelligenz zuwendet.<sup>64</sup>

<sup>59</sup> Fritz Klein, Drinnen und Draussen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt/M. 2000.

<sup>60</sup> Günter Benser, Die DDR- gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000.

<sup>61</sup> Helmut Bock, Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR- Historikers. 1983 bis 2000, Berlin 2002.

<sup>62</sup> Stefan Doernberg, Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters, Berlin 2004.

<sup>63</sup> Für Vieles: Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Teil I und II, Frankfurt/Oder 1996, Wilfriede Otto, Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003.

<sup>64</sup> Siegfried Prokop, Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation , Schkeuditz 2003.

Manche publizieren im *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, in den seinerzeit vom IML edierten, später umkämpften *Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (von denen sich die Jahrbuch-Initiatorinnen trennten), in der einst Ost-, nun Gesamtberliner *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* und einige auch in den „klassischen“ westdeutschen Periodika oder in Sammelbänden und Schriftenreihen, die die verschiedenen ostdeutschen Geschichts- und Bildungsvereinen herausgeben, und viele in den *heften zur ddr-geschichte*, von denen die „Helle Panke“ jetzt das Hundertste herausbrachte.

Beim Durchsehen dieser Texte fiel mir auf, auf, dass sich das Themenspektrum im Laufe der Zeit stark erweitert hat, mehr Beiträge publiziert werden, die sich mit dem Forschungsstand auf ihrem Terrain auseinandersetzen, und weniger Hefte, deren Autoren den Eindruck vermitteln, zu dem ihren habe es bislang nichts von Belang gegeben. Was im Übrigen der Unart entsprach, mit der sich jüngere Autoren, zumeist auch Neulinge in der historischen DDR-Forschung, auf die nun zugänglichen Akten stürzten und offenbar meinten, alles ignorieren zu sollen, was zuvor ohne Kenntnis dieser Überlieferungen zu ihrem Problem veröffentlicht worden war. Wobei sie manchmal übersahen, dass Akten nur dann Geschichte erzählen, wenn sie mit plausiblen Hypothesen befragt und in ihren jeweiligen Kontexten analysiert werden.

Diese Haltung findet sich in neueren Publikationen nur noch selten. Rar geblieben sind jedoch auch in den Heften der Hellen Panke Kontroversen und Polemiken. Dennoch lese ich viele mit großem Interesse. Speziell die Autoren, auf deren Feldern ich mich niemals intensiv umgesehen habe, etwa auf dem der Geschichte der Literaturpolitik, über das Dieter Schiller schreibt, immer bestens informiert und anregend, auch wenn ich mir auch von ihm dann und wann ein bisschen feurige Polemik wünsche.

\*\*\*

In den letzten Jahren jedoch waren es insbesondere die Beiträge, die zu bestimmten Aspekten der deutschen Nachkriegsgeschichte geschrieben wurden, etwa zur Militärpolitik in West und Ost, zum Dialogpapier von 1987, zu den Ostbüros der westdeutschen Parteien oder zur Umweltpolitik in beiden Staaten. Studien dieser Art eignen sich nicht nur für eine vergleichende Geschichtsschreibung oder die von Christoph Kleßmann vorgeschlagene „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ die sowohl die Teilung wie die (ungleichen) Beziehungen der deutschen Staaten beachtet<sup>65</sup>. Sie könnten auch für eine thematisch und ereignisgeschichtlich verschränkte Geschichtsschreibung über Deutschland nach 1945 nützlich sein, für ein Vorhaben, das Jörg Roesler unter dem Dach einer „Deutschen Nachkriegsgeschichte zwischen 1945 und 1990“ bearbeitet sehen möchte und für das er mit Blick auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte einen bereits mit etlichen Fallstudien angereicherten Text vorlegte.<sup>66</sup> In die selbe Richtung zielt auch das letzte der *hefte zur ddr-geschichte* aus der Hellen Panke, Bernd Floraths Arbeit über politische Gegnerschaft in Deutschland seit 1945.<sup>67</sup> Beide Texte entstanden im Zusammenhang mit der Arbeit an einem Handbuch zur deutschen Zeitgeschichte<sup>68</sup> und regen wie dieses dazu an, genauer darüber nachzudenken, ob es in Anbetracht der höchst unterschiedlichen politischen Verfasstheit der Teilgesellschaften tatsächlich

<sup>65</sup> Vgl. Christoph Kleßmann, Hans Misselwitz, Günter Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999.

<sup>66</sup> Jörg Roesler, *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe*, Leipzig 2006.

<sup>67</sup> Bernd Florath, *Opposition und Widerstand. Eine historische Betrachtung politischer Gegnerschaft in Deutschland seit 1945*, Berlin 2006 (= *hefte zur ddr-geschichte*, Nr.100).

<sup>68</sup> Clemens Burrichter, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 2006.

sinnvoll ist, politische, soziale, ökonomische oder kulturelle Prozesse und Problemlagen in den deutschen Teilgesellschaften im Rahmen einer Deutschen Nachkriegsgeschichte zu analysieren und auch darüber, welche Methoden für ein solches Projekt gegebenenfalls zur Verfügung stünden.

Zuweilen wird auch die Möglichkeit angedeutet, die deutsche Geschichte zwischen 1945 und 1990 trotz ihrer „Teilung“ in einer Nationalgeschichte zusammenzubinden.<sup>69</sup> Ich halte auch diese Idee für problematisch. Natürlich weiß ich, welchen Stellenwert Konzepte für die nationale Einheit in den Politikinszenierungen der politischen Eliten beider deutschen Staaten hatten, und welche Rolle sie im Nachdenken von deutschen Intellektuellen spielten, in einem Nachdenken, das im Westen allerdings, jedenfalls anfangs, manchmal über die Nachkriegsgrenzen hinaus wies. Und ebenfalls nicht vergessen habe ich, dass die Bundesrepublik für die meisten in der DDR die Gesellschaft war, an der sie ihr Fortkommen (und nicht nur ihr materielles) maßen, weshalb sich denn auch viele von der vereinten Nation viel versprachen.

Andererseits aber weiß ich auch, dass die Beziehungen der Bundesbürger zu ihren „Brüdern und Schwestern“ im Laufe der Jahrzehnte kühler, förmlicher wurden. Auch wenn nach Allensbacher Umfragen zwischen 1973 und 1985 konstant etwa 75 Prozent der Westdeutschen für das Beibehalten des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz waren, so hielt doch zwischen 1982 und dem Mauerfall niemand mehr die Wiedervereinigung für die „wichtigste Frage“ mit der man sich in der Bundesrepublik beschäftigen sollte. Auch deshalb, weil (ebenfalls 1985) 65 Prozent meinten, man werde sich im Laufe der Zeit weiter auseinanderleben – so wie einst die Deutschen und die Österreicher. Und 1984, als die DDR-Oberen jene rund 32000 Menschen aus ihrer Staatsbürgerschaft in den Westen entließen, ermittelten westdeutsche Soziologen, dass die Mehrheit der Bundesbürger auf die Ankömmlinge „indifferent, reserviert, mindestens differenziert und zu einem erheblichen Anteil sogar ablehnend“ reagierte. Ihre Befunde: Die humanitäre Perspektive verdränge die nationale Orientierung und: Das Verhältnis der West- zu den Ostdeutschen lasse sich als „Distanzhumanismus“ beschreiben, als eine Haltung, die den Anforderungen der Wirklichkeit wohl nicht standhalten werde.

Zumal im Westen ja nicht nur die Sportreporter ganz selbstverständlich von Deutschland sprachen, wenn sie die Bundesrepublik meinten, sondern auch die politischen Akteure, wenn sie wie die CDU im Wahlkampf von 1987 „Weiter so, Deutschland“ plakatierten ließen. Diese Tendenz wurde in der Bundesrepublik bereits am Ende der Siebziger sorgenvoll registriert und speziell den Lehrenden dringend geraten, für eine „Doppelidentifikation“ der Deutschen zu sorgen – für eine idealiter gleichzeitige und gleich starke Hinwendung zur konkreten Bundesrepublik wie zur gedachten, in Deutschland aber nur kurzlebigen staatlichen Einheit der Nation.<sup>70</sup>

<sup>69</sup> Peter Bender, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München, 1996, S.216.

<sup>70</sup> Vgl. Dietrich Staritz, Von der „Befreiung“ zur „Verantwortungsgemeinschaft“. Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und der DDR, in: Steffen Käser (Hrsg.), „Denk ich an Deutschland“. Grundlagen eines Dialoges beider deutscher Staaten, Gerlingen 1987, S. 45 ff. Von der Notwendigkeit einer „Doppelidentifikation“ sprach Erich Kosthorst bereits 1978, sah aber schon damals, dass die „Balance von Teilidentität und Ganzheitsidentität, von Identifikation mit einem real-konkreten Staat und zugleich mit einer sich darüber wölbenden ideal-abstrakten Nation“ eine Aufgabe sei, die „höchste geistige und psychische Anstrengung verlange“. Zitiert nach: Ders., Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland, schriftliche Stellungnahme, in: Die deutsche Frage in der politischen Bildung. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1978, S. 32f. (= Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung 2/78., hrsg. v. Deutschen Bundestag). Aktueller: Konrad H. Jarausch, Die postnationale Nation. Zum Identitätswandel der Deutschen 1945- 1995, in: Historicum (Frühling 1995), S.30ff.), vgl. auch Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik, a.a.O.,passim.

Im bloß Virtuellen aber lebt es sich nicht gut, und so war es kein Wunder, dass im Herbst 1989 die Vision der Einheit weniger die West- als die Ostdeutschen bewegte, auch wenn von diesen viele selbst in der Phase ihrer nationalen Euphorie noch recht nüchtern den möglichen Zugewinn an Wohlstand und Freiheiten kalkultierten, den das Einheitsprojekt versprach. Was wiederum zur Folge hatte, dass sich die Euphorie im Anschlussalltag bald verlor - ehe sie im rechtsradikalen Milieu ihre völkisch- rassistische Urstünde feierte. Von einer mentalen Einheit der Deutschen kann mithin allenfalls beim Blick auf die „Wende“ - Monate die Rede sein. Für die Zeit davor und danach von eher asymmetrischen Orientierungen.

Wer also die Geschichte der Deutschen zwischen 1945 und 1990 als Nationalgeschichte schreiben wollte, als eine Erzählung über das politische, ökonomische und soziokulturelle Geschehen in einem Land in einer bestimmten Zeit, der hätte zunächst darzulegen, was in diesen Jahren außer Ideellem (Sprache, Geschichte, Facetten der tradierten Kultur) diese Nation materiell konstituierte - angesichts der gegebenen disparaten Entwicklung ihrer Teile, angesichts aber auch der in West und Ost unterschiedlichen emotionalen Hinwendung zur Nation. Es sei denn, er wollte unter dem Dach der Nationalgeschichte vor allem ideen- ,kultur- oder mentalitätsgeschichtliche Studien betreiben (was im Übrigen gut und nützlich ist ) oder aber den Begriff geschichtspolitisch-normativ, als identitätstiftende Vokabel ins Spiel bringen und nicht als eine Kategorie, mit der sich die soziale Realität aller Deutschen in jenen Jahren erfassen lässt.

Unter diesem Aspekt waren Egon Bahrs Diktum aus den siebziger Jahren: „Nation ist, wenn man sich trifft“ oder der Rekurs auf Karl Deutschs hochtheoretische, auf die Kommunikation ihrer Elemente zielende Begrifflichkeit<sup>71</sup> Fortschritte gegenüber dem in der alten Bundesrepublik üblichen sentimental Rückgriff auf Friedrich Meineckes mehr imaginierte als materiell fundierte deutsche „Kulturnation“, auf das, was vermeintlich alle Deutschen (und nicht nur die Kultureliten) einte, bevor man sie „mit Blut und Eisen“ zur preußendeutschen Staatsnation zusammenschloss. Gewiss war diese Kulturnation auch zwischen 1945 und 1990 vielen durchaus präsent, und wahrscheinlich waren diejenigen, die aus einem Befund der geistesgeschichtlichen Historiographie positive Erwartungen an Künftiges ableiteten, in der DDR zahlreicher als im Westen, auch weil das kulturelle „Erbe“ hier viel bildungsbürgerlicher „gepflegt“ wurde als dort. Vor allem aber gab es in Deutschland zwischen 1945 und 1990 als Konsequenz seiner Geschichte (schon vor, vor allem aber seit 1933) zwei politisch höchst unterschiedlich strukturierte Staaten, eingebunden in höchst unterschiedliche internationale Machtsysteme und Werteordnungen, in denen sich unterschiedliche Gesellschaften ausbildeten, von denen sich eine im Laufe der Jahre darauf zu verständigen begann, das Attribut deutsch nur noch für sich gelten zu lassen.

Das zu erfahren, war für viele Ostdeutsche unangenehm, aus größerer Distanz allerdings lässt sich die Hinwendung der Westdeutschen zu sich selbst, zu ihrer Gesellschaft, zu ihrem Staat, als Beginn der fälligen Anpassung an die Moderne interpretieren. Denn anderswo – in der französischen oder angloamerikanischen Kultur – ist die Nation gemeinhin mit dem Staatsvolk identisch und weniger durch ihre ethnische Substanz bestimmt als durch ihre politisch-soziale Verfasstheit und die kulturelle Prägung von Menschen innerhalb bestimmter Grenzen.<sup>72</sup> Das sind Faktoren, auf die im Übrigen bereits Stalin und später Nationentheoretiker

---

<sup>71</sup> Vgl. Karl W. Deutsch, *Nationalism and Social Communication*, Cambridge 1953.

<sup>72</sup> Weit vorangekommen waren die Westdeutschen auf diesem Weg bis 1990 allerdings nicht, wie die Debatten über eine „deutsche Leitkultur“ im Zusammenhang mit der Integration von Nichtdeutschen zeigen. Noch immer lässt sich mit dem traditionell-völkischen Nationenbegriff nicht nur in rechtsextremen, sondern auch in gemäßigt



ker der DDR hinwiesen. Wobei diese allerdings zu erwarten schienen, dass sich – so wie in der Bundesrepublik - schließlich auch in der DDR ein Wir-Gefühl, eine „kollektive Identität“ ausprägen werde, deren wesentlicher Bezugspunkt die eigene Gesellschaft ist. Nicht gebührend bedacht haben sie dabei allerdings, was ihre sozialistischen Altvordern stets betonten, dass nämlich die „nationale Frage“ stets eine eminent „soziale“ einschließt, was mit Blick auf die deutschen Teilgesellschaften die Unterschiede der Lebenslagen und Lebensweisen waren, die speziell in der DDR als West-Ost-Gefälle wahrgenommen wurden.

So besehen waren die Jahre zwischen 1945 und 1990 in Deutschland mehr von der realen Teilung des Landes als von einer emotionalen Einheit der Nation geprägt. Und welche Bedeutung die Nation künftig für die Deutschen haben wird, bleibt abzuwarten – nicht nur in Anbetracht der unterschiedlichen Mentalitäten in West und Ost<sup>73</sup>, sondern auch angesichts der widersprüchlichen Integrationsprozesse in Europa. So viel zum Nutzen einer Geschichtsschreibung über jene Jahre unter diesem Begriff.

Bedenkenswert hingegen erscheint mir der Vorschlag Jarauschs<sup>74</sup>, die deutsche Geschichte zwischen 1945 und 1990 in einer Weise zu erzählen, die „bei den verschiedenen Erfahrungen von Menschen in Ost und West [ansetzt] die das katastrophale Erbe der ersten Jahrhunderthälfte verarbeiten mussten und in schwierigen Bedingungen neue Formen des Zusammenlebens entwickeln wollten“. Aus einer solchen „multiplen Perspektive“, meint er, werde „keine nationale Meistererzählung“ entstehen, wohl aber mehr „Verständnis für die Brüche und Unwägbarkeiten deutscher Geschichte, deren Rekonstruktion eine gewissen Bescheidenheit verlangt“ – was gewiß allen gut täte.

\*\*\*

Zum Schluss will ich den „Staatssozialismus“ wenigstens erwähnen, der mir bei meiner Durchsicht der neuen Literatur immer wieder zur Erklärung der Substanz dieser DDR angeboten wurde. Auch von denen, die wie ich, DDR und Sozialismus allenfalls in futurologischer Perspektive zusammendenken konnten. Er findet sich in den Arbeiten von West- wie Ostdeutschen und gleich, ob sie mit sozial-, gesellschafts-, politik-, wirtschafts- oder kulturgeschichtlichen Fragestellungen arbeiten. Nun liegt es durchaus nahe, das Selbstverständnis der SED (und nicht nur das ihrer Führer) beim historiographischen Erfassen ihres Erbes gebührend zu berücksichtigen. Und vielleicht soll mit dem Verknüpfen von Staat und Sozialismus ja auch das Demokratiedefizit benannt werden, das die SED mit der Formel vom „real existierenden Sozialismus“ zu kaschieren suchte. Dann sollte das aber erwähnt werden. Womöglich handelt es sich bei dem Wort<sup>75</sup> aber auch um einen stillen Konsens, um eine Kom-

---

konservativen Milieus Stimmung machen. Mehr aber noch – in West wie Ost – bei denen, deren soziale Lage sie besonders anfällig macht für national argumentierende Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

<sup>73</sup> Vgl. etwa: Detlef Pollack, Gert Pickel, Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR- Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung, in: ApuZ, B 41-42/98 v. 2.10.1998, S. 9 ff., Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002, Dietrich Mühlberg, Vom langsamen Wandel der Erinnerung an die DDR, in: Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt/M. 2002, S. S.217ff. oder Jens Bisky, Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet, Berlin 2005.

<sup>74</sup> Vgl. Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 1 (2204), H.1, 15 (S. 20).

<sup>75</sup> Selbst in einem Beitrag, der dazu einladen soll, über eine „Theorie des Staatssozialismus“ zu diskutieren, findet sich (neben vielem Bedenkenswertem) kein einziger Hinweis auf die Herkunft, die Nützlichkeit oder Reichweite dieses Terminus. Erläutert wird vielmehr, inwieweit sich das Regelwerk sowie die politischen und sozialen Strukturen der DDR vom Modell der „modernen Gesellschaft“ unterscheiden und deshalb nicht in der Lage wa-

promissformel, die es den einen erlaubt, insbesondere auf den Staat und seine in der DDR gewaltige, zuweilen überwältigende Rolle zu verweisen, und es den anderen gestattet, Sozialismus als ein nennenswertes Moment der DDR-Realität zu behaupten. Nun sind gewiß nicht alle Kompromisse von Übel, die meisten sogar nützlich, dieser aber scheint mir wirklich faul. Denn recht eigentlich werden da doch zwei inkompatible Begriffe gekoppelt. In meinen Ohren klingt das Wort deshalb beinahe so falsch wie Gefängnisfreiheit oder – sanfter: Zweifellos gab es in der DDR sehr viel Staat und ganz wenig Sozialismus, wenn darunter nicht Staatseigentum in quasi feudaler Verfügungsgewalt oben und tendenzieller Egalitarismus in weitreichender Fremdbestimmtheit unten verstanden werden sollen, sondern politisch-kulturelle Verhältnisse, in denen sich eine Gesellschaft von freien Individuen entwickeln kann.

Mit etwas Anstrengung müsste ein der Sache gemäßer Begriff zu finden sein. Auch darüber sollte diskutiert werden.

---

ren, die notwendigen Integrations- und Modernisierungsprozesse in Gang zu setzen. Vgl. Detlef Pollack , Auf dem Weg zu einer Theorie des Staatssozialismus, a.a.O. (Anm.20).